



Barbara Steinemann
Juristin, Kantonsrätin SVP
Watt

Keine Eile mit neuer Masseneinwanderung

Wirtschaftslobbyisten und Spitzenpolitiker beeilen sich, noch rasch Studien in Auftrag zu geben, die das angeblich perfekte Funktionieren der bisherigen Bilateralen Abkommen mit der EU beweisen sollen, doch die negativen Folgen sind nicht zu übersehen: Unterländer Gemeinden verzeichnen die ersten deutschen Sozialhilfebezügler, der Einwanderungssaldo – Einwanderungen minus Auswanderungen – liegt mit 75 400 Personen um satte 92 Prozent über den Zahlen des Vorjahres. Die Beschäftigung sinkt, fast täglich werden Stellen abgebaut, dabei sind 43 Prozent aller Arbeitslosen Ausländer.

Abstimmungsschlachten sind nicht die Stunde der Wahrheit, sondern Tage der Illusionen. Politik und Wirtschaft überbieten sich gegenseitig, einen Wachstumsschub herbeizureden, als ob die Zukunft unserer Wirtschaft ausgerechnet von der Zuwanderung aus den neuen EU-Ländern Rumänien und Bulgarien abhängig wäre.

Freier Markt und Handel hat die Industrie- und Wohlstandsnationen und damit auch die Schweiz, stark gemacht. Eine möglichst freie Entfaltung der Wirtschaft ist nach wie vor das wichtigste Wohlstandsrezept. Und selbstverständlich benötigt die Schweiz ausländische Arbeitskräfte und Einwanderer. Die Frage ist jedoch, sollen wir unser kleines Land gewissermassen unkontrolliert für jede Art von Einwanderung offen halten. Was wir brauchen ist eine geordnete, überschaubare Einwanderung von geeigneten Leuten für unsere Wirtschaft, von Leuten also, die in der Lage sind, einen Beitrag an unseren Wohlstand zu leisten, von Personen allerdings, die Willens und in der Lage sind, sich an unsere Rechtsordnung zu halten. Durch Personenfreizügigkeit wird Einwanderung nicht mehr kontrolliert und nicht mehr steuerbar. Wer einen Arbeitsvertrag in Händen hält, besitzt einen Rechtsanspruch auf unsere Sozialleistungen, einschliesslich Arbeitslosenversicherung und auf dauerhafte Bleibe, wer Dienstleistungen anbietet, benötigt überhaupt keine Bewilligung.

Die erfolgreichsten Volkswirtschaften der Welt florieren ohne die totale Freizügigkeit. Kanada, die USA und Australien leben vor, wie höchste Prosperität durch kontrollierte Einwanderung und offene Märkte erhalten werden können. Bei Wohlstandsunterschieden liegt freie Einwanderung naturgemäss immer im Interesse der ärmeren Länder. Mit anderen Worten, sie ebnet Wohlstandsunterschiede ein und bringt eine Nivellierung nach unten. Was uns diesbezüglich blühen könnte, zeigt das Beispiel Italien. Dort sollen gegen 500 000 Rumänen eingewandert sein. Solche Völkerwanderungen wurden erst durch den EU-Beitritt Rumäniens 2007 möglich. Da könnte sich für uns bald einmal eine Büchse der Pandora öffnen.

„Wir müssen mit Leuten rechnen, die rechnen können“, sagte der Ökonom und ehemalige Sekretär der Gewerkschaften Beat Kappeler 2005, einen Tag nach der letzten Personenfreizügigkeits-Abstimmung, nicht ohne Grund: Schon nach vierwöchiger Arbeit in der Schweiz erhalten EU-Bürger Arbeitslosengeld nach Schweizer Recht, vorausgesetzt, sie waren davor über ein Jahr in einem EU-Staat arbeitstätig. Nach einer Berufstätigkeit von mehr als zwölf Monaten in der Schweiz haben EU-Bürger Anrecht auf alle Sozialleistungen.

Natürlich profitieren einige Wenige, wenn sie Ausländer zu Tiefstlöhnen einstellen können. Die negativen Folgen und die volkswirtschaftlichen Kosten wälzen sie aber auf alle Schweizer ab: Höhere Arbeitslosigkeit, Lohndruck, höhere Wohnkosten, höhere Abgaben und steigende Armut. Wenn wir mit der Personenfreizügigkeit zum europaweiten Auffangbecken für die Opfer der verfehlten EU-Politik werden, zerstören wir unser attraktives Lohn- und Wohlstandsniveau sowie unser soziales Netz, welches immer noch zu den weltweit besten zählt. Ein negativer Abstimmungsausgang wäre alles andere als der Untergang der Schweiz.

Liebe Leserinnen und Leser

Bitte telefonieren Sie bei Unregelmässigkeiten (zuviel WOSPI oder gar keinen) unserer extra für diese Fälle eingerichteten Hot-Line zum Ortstarif 8 Rp./Min.

044 248 52 89

IMPRESSUM

Wochenspiegel Verlags AG

Herausgeber:
Andreas Mohler
mohler@wospi.ch

Redaktion:
redaktion@wospi.ch
eilers@wospi.ch

Reporterin: Rita Moser

UL-Assistentin/Buchhaltung:
Corinne Teuscher
teuscher@wospi.ch

Verlagsleiter:

Manfred Eilers, 044 863 72 04
eilers@wospi.ch

Inseratenberatung:

Rebecca Schaffner,
schaffner@wospi.ch
Sandra Zimmermann,
zimmermann@wospi.ch

Kolumnisten:

Béatrice Petrucco
Claudia Gut
Dölf Huber

Produktion

Prepress:
Wochenspiegel Verlags AG
Feldstrasse 82
8180 Bülach
Telefon 044 863 72 00

Theo Richle, info@wospi.ch
Fax 044 863 72 01
Tel. direkt: 044 863 72 10

Druck:

ZDS Zeitungsdruck
Schaffhausen AG

Normalauflage: 37 106 Ex.
Grossauflage: 59 000 Ex.
(4 x pro Jahr)

Erscheint neu jeden Mittwoch

Inseratenannahmeschluss:
spätestens Montag, 16 Uhr

Farbdatenlieferung:
spätestens Montag, 14 Uhr

Agendaeinträge:
Freitag der Vorwoche, 11 Uhr
Textbeiträge/Eingesandte:
Donnerstag Vorwoche, 11 Uhr

wospi